Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 25

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

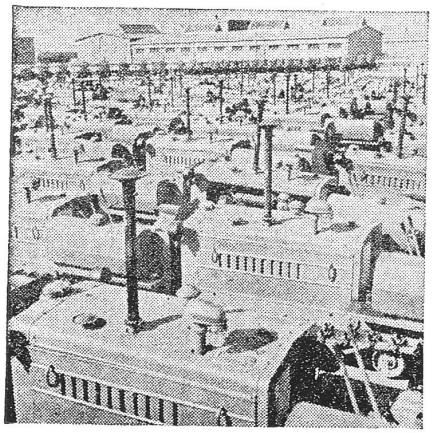
In Rumänien spricht man «chinesisch»...

Nach einem beinahe zweiwöchigen Aufenthalt ist die Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aus Bukarest abgereist. Obwohl über den Zweck des unerwarteten Besuches kein Wort gefallen ist, weiss doch jedermann, dass die «freundschaftlichen Besprechungen» der Sowjetgenossen unter der Leitung von N. W. Podgornyi den einzigen Zweck gehabt haben, den Widerstand (siehe auch KB Nrn. 19, 20) der rumänischen «Brüder» gegen die RGW-Spezialisierung zu brechen und eine weitere Annäherung Rumänien —China und Rumänien—Albanien zu verhindern.

Das Bukarester Parteiaktiv, das die Besprechungen der beiden Parteien abgeschlossen hat, zeigte den Anblick eines Freudentaumels und Versöhnungsfestes. Im Hintergrund der Bühne waren die Porträts von Gheorghiu-Dej und Chruschtschew zu sehen sowie die Losungen «Es lebe die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung!, Es lebe die brüderliche Freundschaft des rumänischen und des sowjetischen Volkes!».

Die stundenlangen Reden des neuerlich wiederversöhnten Parteibonzen haben keinen überzeugenden Eindruck hinterlassen. Gheorghiu-Dej hat natürlich die Vermutungen über die Differenzen Rumänien—Sowjetunion scharf zurückgewiesen: «In letzter Zeit versteigen sich gewisse westliche politische Kreise und einige westliche Presseagenturen, die ihren Wunsch als Wirklichkeit betrachten, zu einer Reihe von Spekulationen im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern ...»

Im selben Atemzug wiederholte er aber den rumänischen Standpunkt, der von den Sowjets nur ungern gehört wird: «...die sozialistischen Länder festigen ihre Einheit, ihre auf volle Gleichberechtigung, strenge Einhaltung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit aufgebauten Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfeleistung ...» Diese Formulierung entspricht zwar den RGW-Statuten, widerspricht aber der führenden Rolle der KPdSU und der Sowjetunion und der sowjetischen Auffassung über die Ostblock-Wirtschaftszentralisierung.



Rumänische Traktoren. Bukarest will nicht länger auf RGW-Importe angewiesen sein.

Die schismatische Haltung Rumäniens wurde kürzlich mit neuen Tatsachen belegt. Die Presse Rumäniens veröffentlichte die gemeinsame chinesisch-nordvietnamesische Erklärung, die im Hinblick auf eine Reihe von ideologischen Fragen den Standpunkt Pekings deutlich hervorhebt.

Einer Erweiterung der Beziehungen zwischen Rumänien und China dient die Ausdehnung des Handels zwischen den beiden Staaten. In diesem Jahr wird das Handelsvolumen um 10 Prozent erhöht. Dies ist eigentlich eine neue Phase, weil seit Beginn der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen der beiderseitige Warenaustausch stark zurückgegangen ist. 1959 betrug er noch 356,3 Mio Lei, im Jahre 1960 nur noch 341,6 Mio Lei und 1961 rund 174 Mio Lei. Am 8. Juni 1963 wurde in Peking ein Abkommen für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, das «...zu einer weiteren Stärkung und Entwicklung der Kooperation auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet führen wird sowie zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern.»

Die Verträge sind an sich genommen nicht sehr bedeutend, sie kommen jedoch zu einem Zeitpunkt, wo die Meinungsverschiedenheiten Rumäniens mit seinen RGW-Partnern und besonders mit der Sowjetunion sehr scharf zu Tage getreten sind. Diese positive Entwicklung der rumänisch-chinesischen Beziehungen wird durch ein interessantes Zwiegespräch mit den Albanern ergänzt.

Vom 27. bis 29. Mai fand in Bukarest das dritte Treffen der Vertreter der Komitees für Zusammenarbeit und gegenseitige Verständigung der Balkanvölker statt. Auch die Albaner hatten eine Einladung zur Konferenz erhalten. Vor kurzem hat Radio Tirana erklärt, warum es ihnen unmöglich war, an der Konferenz teilzunehmen. Radio Tirana verlas den Inhalt des Schreibens der Albaner an die rumänischen Veranstalter. Obwohl sie die Einladung ablehnten, waren die Albaner ungewöhnlich höflich und freundlich. In der Sendung wurde ein genauer Unterschied zwischen den Rumänen und den anderen Balkanstaaten einschliesslich der Bulgaren gemacht, deren Haltung kritisiert wurde. Die Albaner gaben der «feindlichen Einstellung» der jugoslawischen und der griechischen Regierung die Schuld an der albanischen Absage und beklagten sich darüber, dass «die jugoslawischen Revisionisten» auf der Bukarester Konferenz «keine Gelegenheit verstreichen liessen, um die Albanische Volksrepublik und ihre Führer zu verleumden». Die Albaner drückten ihr Bedauern aus, dass es leider «unmöglich» war, an der Konferenz in Bukarest teilzunehmen, versicherten aber zugleich den Rumänen: «Das albanische Komitee wertet die Initiative des rumänischen Komitees für Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis der Balkanstaaten durchaus positiv und anerkennt seine guten Absichten. Angesichts der Tatsache aber, dass der Wunsch nach Verständigung nicht bei allen Komitees der Balkanstaaten vorhanden ist und in Anbetracht der Tatsache, dass die beiden benachbarten Staaten an ihrer unbegründeten feindlichen Politik gegen die Volksrepublik Albanien festhalten, werden Sie verstehen, dass die gewünschten Ergebnisse nicht erzielt werden können.»

Kaum hatte die sowjetische Parteidelegation ihre Koffer in Bukarest gepackt, traf am 10. Juni eine albanische Delegation in der rumänischen Hauptstadt ein, um am 4. Kongress der rumänischen Konsumgenossenschaften teilzunehmen. Es ist klar, dass der Kongress nicht von grosser Bedeutung war, die rumänische Einladung hierzu aber ist bezeichnend. Dem Kongress der Konsumgenossenschaften kommt keine internationale Wichtigkeit zu; deshalb kann die Einladung nur als ein freundlicher Akt gegenüber den Albanern angesehen werden. Auf alle Fälle kommt eine solche Fühlungnahme mit den Albanern seitens anderer Sowjetblockstaaten keineswegs in Frage. Die Beziehungen der Rumänen mit China und ihrem europäischen Satelliten Albanien weisen daraufhin, dass die Bemühungen der sowjetischen Parteidelegationen in Bukarest nicht restlos erfolgreich waren. Die rumänischen Genossen kämpfen weiter für die «nationale Souveränität, volle Gleichberechtigung und Unabhängigkeit» — was auch gegenüber der sowjetischen Bruderpartei gemeint ist. Um dem sowjetischen Druck erfolgreich entgegentreten zu können, pflegen sie warme Kontakte mit den Chinesen und ihren Verbündeten. Das könnte aber die sowjetischen Führer sehr verstimmen, wenn man nun nach Albanien auch in Rumänien anfängt, «chinesisch» zu sprechen.

MC

Medizin

Sowjetunion

Forschung

In Aerztekreisen, die die sowjetische medizinische Fachliteratur studieren, sind die sowjetischen Bemühungen auf dem Gebiet der medizinischen Forschung und namentlich der operativen Technik bekannt. Besondere Fortschritte haben die sowjetischen Chirurgen in der Herz- und Blutgefäss-Operationstechnik erreicht.

Kürzlich wurde in Moskau ein neues Forschungsinstitut für klinische und experimentelle Chirurgie eröffnet. Zum Direktor dieses Institutes ist Professor B. W. Petrowski ernannt worden. Als wichtigste Aufgabe des Institutes werden die Entwicklung neuer Methoden der Herz- und Lungenoperationen bezeichnet sowie die Erforschung des künstlichen Blutkreislaufes im Rahmen der Bekämpfung des klinischen Todes. Es besteht die Absicht, die Tätigkeit des neuen Institutes mit der Tätigkeit anderer Forschungszentren und Kliniken eng zu verbinden.

In den zwölf Operationssälen, die mit modernsten Instrumenten ausgerüstet sind, sind die Wände nicht mit den üblichen weissen, sondern mit grünen und blauen Plättchen ausgekleidet, weil dank diesen Farben die Ermüdung der Augen der Chirurgen wesentlich reduziert wird. In einigen Operationssälen sind die Decken aus Glas, damit die Studenten und Aerzte die Operationen verfolgen können, ohne die Chirurgen durch ihre Anwesenheit im Operationssaal zu stören. Fest eingebaute Fernsehkameras erlauben die Uebertragung der Demonstrationen in grosse Hörsäle. Zu den

technischen Einrichtungen der Operations säle gehören Apparate, die den Narkosegrad, den arteriellen Blutdruck und die Herztätigkeit überwachen. Ferner Ultraviolettstrahler, die die Luft von Bakterien befreien. Zur Diagnostik der komplizierten Herz- und Gefässkrankheiten werden neuartige elektronisch-optische und Fernseh-Röntgenapparate verwendet, bei welchen die Strahlungsdosis etwa 50mal kleiner als bei den üblichen Röntgenapparaten ist.

Wirtschaft

Ungarn

Rückschläge der Neugestaltung

In Ungarn hat die Bestrebung nach Rationalisierung der Wirtschaft vorerst allem Anschein nach zu einem Rückschlag geführt, der nicht zuletzt auf den passiven Widerstand der Parteifunktionäre zurückgehen dürfte, die seit einem Jahr in den mittleren Positionen von Industrie und Landwirtschaft durch eigentliche Fachleute ersetzt werden.

Zudem hat die ebenfalls im Zeichen der Wirtschaftlichkeit unternommene Zusammenlegung vieler Betriebe in grössere Produktionseinheiten administrative Schwierigkeiten und Rivalitäten zutage gefördert, die sich hemmend auf die ganze Wirtschaft auswirken. Dem gleichzeitigen Versuch, schon aus Gründen der Arbeitskräfteverteilung bedeutende Unternehmen im ganzen Land anzusiedeln, ist wegen der Kostenfrage ebenfalls kein voller Erfolg beschieden.

Mit fast zweimonatiger Verspätung gab die ungarische Presse in einem 22zeiligen Kurzbericht bekannt, dass der Industrieplan im 1. Quartal des laufenden Jahres *nicht erfüllt* wurde. Nach dieser Mitteilung sind die Planschulden besonders in der Bau- und Baumaterialienindustrie, im Erz- und Mineralbergbau, in der Erdölverarbeitung sowie auch in mehreren Sparten des Maschinenbaues äusserst hoch. Der Aussenhandel und der Transport konnten ihren Quartalplan auch *nicht* erfüllen. Die Planschuld der Industrie beträgt 1,5 Millionen Forint und diejenige der Bauindustrie mehr als 1 Million Forint. Der Kohlenbergbau produzierte um 400 000 Tonnen Kohle *mehr* als eingeplant war; damit war der Bedarf noch immer nicht gedeckt, da der Verbrauch inzwischen angestiegen ist. Um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden, muss die Kohlenindustrie in diesem Jahr mindestens 600 000 Tonnen — hauptsächlich hochqualitative Stückkohle — überplanmässig erzeugen.

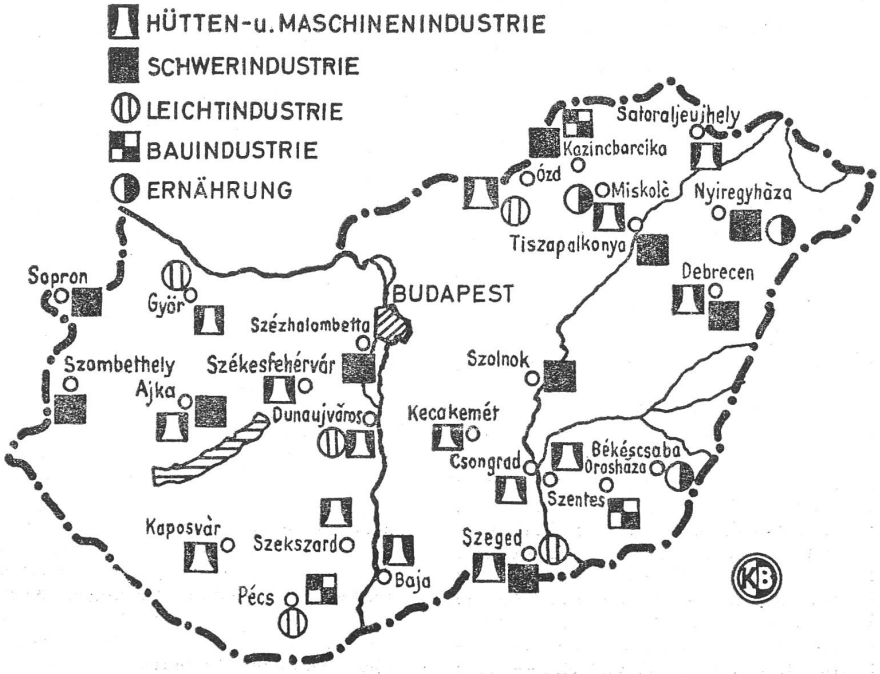
Nach zuverlässigen Privatquellen aus Budapest betrug die Erfüllung des Industrieplanes nur 42 Prozent, was vor allem mit den Schwierigkeiten, die sich aus der überstürzten Zusammenlegung der Industriebetriebe ergeben haben, begründet wird.

Diplomatie

SBZ

Isolierung Chinas

Den Untertanen Walter Ulbrichts wird es in Zukunft nicht mehr gestattet sein, ungehindert mit ausländischen Diplomaten oder mit den offiziellen Vertretungen fremder Staaten in Verbindung zu treten. Nach einer Weisung des Sowjetzonen-Staatsrates müssen Privatpersonen erst eine Sondergenehmigung des Aussenministeriums beantragen, bevor sie mit einer ausländischen Botschaft Kontakt aufnehmen dürfen. Das gleiche gilt auch, wenn Bewohner der Sowjetzone von diplomatischen Vertretern eingeladen werden oder Diplomaten zu sich einladen wollen. Da es in Ostberlin nur drei Handelsvertretungen nichtkommunistischer Saaten, die der VAR, Finnlands und Oesterreichs gibt, wird allgemein angenommen, dass sich diese Weisung Ulbrichts vornehmlich gegen die rotchinesische Botschaft in Ostberlin richtet. Offensichtlich soll auf diese Weise versucht werden, die Aktivität der diplomatischen Vertretungen Pekings und vor allem die systematische Verteilung von Propagandamaterial einzudämmen.



Die Industrie-Investitionen auf dem Land werden in Ungarn von den entsprechenden Ministerien (Ministerium für Schwerindustrie usw.) vorgenommen. Sie sollen die Arbeitskräfte der Provinzen abschöpfen und dem Abwanderungsdrang in die Zentren vorbeugen. Das gilt insbesondere für den Osten des Landes, wo die Bevölkerungsflucht am stärksten ist.

Berlin-Reisen des SOI

Das Schweizerische Ost-Institut organisiert im August zwei achttägige Studienreisen nach Berlin, die den Teilnehmern Gelegenheit bieten, sich aus eigener Anschauung ein Bild vom kommunistischen Alltag zu machen. Führungen, Vorträge und Gespräche ergänzen das Programm, das auch zusätzlich die Möglichkeit zu Ausflügen nach Dresden oder Potsdam bietet.

Die erste Reise dauert vom 10. bis 18. August, die zweite Reise vom 17. bis 25. August. Die Teilnehmer versammeln sich jeweils am Abfahrtstag um 18 Uhr im Bahnhof SBB Basel (Gleis 4) und treffen bei der Rückfahrt acht Tage später um 11.01 Uhr wieder in Basel ein. Die Reise kombiniert Bahnfahrt bis Hannover mit Flug bis Berlin-Tempelhof und zurück. Die Teilnehmerzahl ist für beide Gruppen auf 45 Personen beschränkt. Die Reservationen erfolgen nach Datum der Anmeldung.

Jeder Teilnehmer muss im Besitz eines gültigen Reisepasses sein (der auch für die Tagesausflüge nach Potsdam oder Dresden genügt).

Der Uebergang nach Ost-Berlin ist für alle Teilnehmer an den Reisen entweder der Checkpoint Charly oder der U-Bahnhof Friedrichstrasse. In Ost-Berlin darf ungehindert photographiert werden, ausser militärischen Anlagen oder Militärpersonen. (Die Mauer, als «antifaschistischer Schutzwall», ist eine solche Anlage.) Ueber alle Möglichkeiten des Besuches in Ost-Berlin können Informationen gegeben werden, doch wird von den Reiseleitern keine Gruppenfahrt in den Ost-Sektor organisiert.

Für einzelne Berufe oder Interessengruppen (zum Beispiel Lehrer, Verwaltungsangestellte, Fachleute verschiedener Gebiete) können besondere Führungen und Fahrten in Berlin unternommen werden. Interessenten mögen dies unter Angabe ihres Spezialgebietes den Reiseleitern bis zum 20. Juli mitteilen.

Der Teilnehmerpreis für die Reise nach Berlin beträgt 250 Franken. Er umfasst die Hin- und Rückreise mit Bahn, Bus und Flugzeug auf reservierten Plätzen, die Uebernachtungen und drei Mahlzeiten pro Tag, die Reiseunfallversicherung bei einer schweizerischen Versicherungsgesellschaft.

Korrespondenzen sind mit beiden Reiseleitern zu führen: Fräulein Erna Wolfensberger, Neuhof, Maur ZH, oder Herrn Jochen Zieger, Kapellenstrasse 5, Frenkendorf BL. Alle Teilnehmer und Interessenten erhalten etwa vier Wochen vor der Abfahrt ein detailliertes Programm mit allen Zeiten und Daten.

Anmeldungen sind zu richten an das Schweizerische Ost-Institut, Jubiläumsstrasse 41, Bern.